

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

November 2015

11/2015

250.000 gegen Freihandelsabkommen TTIP und CETA stoppen! - Für einen gerechten Welthandel!

Die Gefährdung erkämpfter Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards finden sich in allen bisherigen Freihandelsabkommen. Sei es nun NAFTA, CETA, TTIP oder das ebenfalls seit 2013 geheim verhandelte TISA, welches vor allem Dienstleistungen in den Fokus nimmt. Sprich, nach Wünschen der Verhandlungspartner (USA, EU und 22 weitere Staaten) droht die fast unumkehrbare Privatisierung der Daseinsvorsorge mit dem einzigen Zweck, das sogenannte Wirtschaftswachstum um ein paar wenige Prozentpünktchen anzuheben.

Doch was für ein Wachstum soll hier durch den »Abbau von Handelshemmnissen« tatsächlich befördert werden? Es geht um das monetäre (geldliche) Kapital von Investoren - um Profite für Konzerne und Banken. Während diese Profite durch eine Paralleljustiz, die sogenannten Schiedsgerichte, geschützt werden, treten marktwirtschaftsnahe Lobbygruppen und PolitikerInnen mit der Mär des

zu erwartenden »Trickle-down-Effekt« (These, dass Wirtschaftswachstum und Wohlstand der Reichen nach und nach ganz von selbst in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden) an die Öffentlichkeit. Doch faktisch zeigt jede empirische Beweisaufnahme, dass der angehäuften Reichtum von Unternehmen eben nicht zu einer allgemeinen Wohlstandssteigerung auch in den unteren Bevölkerungsschichten führt, sondern dass ganz im Gegenteil, die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die Liste der Kritikpunkte ist lang, betrifft existenzielle und demokratische Fragen und zeigt den direkten Widerspruch zwischen den Interessen der Bevölkerungsmehrheit und kapitalstarken Investoren auf.

Der Kampf um Transparenz und Mitbestimmung bezüglich der Freihandelsabkommen wurde am 10. Oktober eindrucksvoll von einer viertel Million Menschen auf die Straßen Berlins getra-



Foto: MaC

gen und er wird noch lange anhalten müssen. Alle KritikerInnen sind aufgerufen, weiterhin aufzuklären und demokratisch Widerstand zu leisten, um sich für einen gerechten Welthandel einzusetzen.

MaC

»Wer in der Demokratie schläft,
wacht in der Diktatur auf«
J. W. von Goethe

Wie soll die Zukunft des Kreises aussehen?

Die Aktivenkonferenz der LINKEN am 06.10.2015 im Kyritzer Bluhm's Hotel & Restaurant war gut besucht. Interessierte Genossen und Sympathisanten aus der Prignitz und OPR nutzten die Gelegenheit, sich eine fundierte Meinung über die Verwaltungsstrukturreform zu

bilden. Dazu hatten sie Kerstin Kassner, MdB und ehemalige Landrätin des Kreises Rügen, eingeladen, die über ihre Erfahrungen mit einer Kreisgebietsreform sprach.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag OPR, Rita Büchner, verwies

in ihrer Eröffnungsrede auf den Koalitionsvertrag zwischen LINKEN und SPD. In diesem sei festgelegt, dass vor einer Gebietsreform eine Funktionalreform kommen soll. Nun wird versucht, beides gleichzeitig zu realisieren. Der Leitbildentwurf der Landesregierung geht in seinen Prognosen für 2030 von einem Absinken der Einwohnerzahl um 10% aus und legt Richtwerte für Mindesteinwohnerzahl (175.000) und eine Flächenobergrenze von 5.000 km² fest, die neuen Landkreise sollen mit Berlin eine gemeinsame Grenze bilden. Rita Büchner ging auf die möglichen Folgen des Leitbildes ein und legte die Forderungen des Kreistages OPR bei Festhalten am Entwurf dar, so sollte es u. a. keine Zerschlagung von Landkreisen geben.

Bernd Polte, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Prignitz, schloss sich den Ausführungen von Rita Büchner an. Der Prignitzer Kreistag hat einen

Die Teilnehmer der Aktivenkonferenz der Partei DIE LINKE der Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin haben sich mit dem Entwurf des Leitbildes zur Verwaltungsstrukturreform befasst. Für den Fall, dass eine Kreisgebietsreform als Bestandteil der Verwaltungsstrukturreform trotz Vorbehalten stattfinden sollte, hat die Aktivenkonferenz folgende Mindestforderungen einstimmig beschlossen:

1. Wir betrachten die Funktionalreform als Voraussetzung für eine eventuelle Gebietsreform.
2. Das Sektoralprinzip lehnen wir ab. Unsere Landkreise dürfen nicht zerschlagen werden.
3. Die vorgegebene Einwohnerzahl und die territoriale Größe der neuen Kreisgebietsstruktur dürfen kein Dogma sein. Die regionalen Besonderheiten sind zu berücksichtigen.
4. Die neuen Kreissitze muss der Landtag nach sachlichen Erwägungen festlegen. Die angedachte Abstimmung durch die Bürgerinnen und Bürger würde eher zur Abgrenzung führen als zum Zusammenwachsen neuer Kreisgebilde.
5. Das Ehrenamt muss nachhaltig gestärkt und die Bedingungen für eine demokratische Mitwirkung verbessert werden.
6. Die Landkreise müssen unter Beachtung struktureller Besonderheiten auskömmlich finanziert werden.

Fortsetzung auf Seite 3

Es konnte nur Sieger geben!



Erster Platz für das Team Wittstock I

Foto: Izabela Dolinska

Am 4. Oktober fand in Wittstock das erste Fußballturnier mit sechs Mannschaften aus Übergangwohnheimen des Landkreises statt. Dabei waren je zwei Teams aus Neuruppin-Treskow und Wittstock sowie je eine Mannschaft aus Wusterhausen und Lentzke.

Unter den Augen von Wittstocks Bürgermeister Jörg Gehrman, dem stellv. Landrat Werner Nüse, Jan Redmann (MdL, CDU), von Vertretern des Regionalverbandes der LINKEN, Wittstock, von Stadtverordneten, Bündnismitstrei-

tern »Wittstock bekennt Farbe« und vielen anderen ehrenamtlichen Helfern gewann Wittstock den Siegerpokal.

Vielen Dank für die starke Unterstützung bei der Organisation und Durchführung an den Kreis-sportbund, den Betreiber des B3-Centers und die Bereitschaft des DRK.

Das Turnier wurde sehr fair gespielt, es gab keine

Verletzten. Anschließend gab es für alle leckeres Hähnchenfrikassee und viel gespendeten Kuchen, sodass wir diesen Tag in fröhlicher Runde beenden konnten.

Vielen Dank auch an den Landkreis/Liegenschaftsamt für die komplikationslose Bereitstellung des Platzes.

Die Nazis schrieben ein paar Tage später im Internet, dass ein Bus voller neuer Asylbewerber angekommen ist - dass es die Teams waren, haben sie wohl nicht gecheckt.

Kerstin Zillmann, Wittstock

Faschismus ist keine Meinungsfreiheit



Foto: Kirsten Tackmann

Am Samstagvormittag des 24. Oktober verhinderten etwa 200 TeilnehmerInnen rund um das breite Bündnis »Neuruppin bleibt bunt«, dass eine Kundgebung von

NPD und Freien Kräften vor dem Amtsgericht ihre braune Ideologie unter die Leute bringen konnte.

Unter dem Motto »Die Gedanken sind frei« wollten ca. 80 neonazistische AnhängerInnen ihre Hetze als Meinungsfreiheit verkaufen. In einem Redebeitrag der LINKEN wurde dazu folgende Frage gestellt: »Wie ist es überhaupt möglich, dass man Aussagen, die den Straftatbestand nach §130 StGB - sprich Volksverhetzung - erfüllen, als freie Meinungsäußerung völlig in Ordnung finden kann?«

Dies ist nur insofern möglich, wie man die Menschen, die man mit seiner Diffamie-

rung treffen will und diskriminiert, gar nicht erst als gleichwertige Menschen wahrnimmt. Und genau jene Ideologie der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens stellt faktisch die Würde jeder und jedes Einzelnen in Frage und kann somit nicht unter den Schutz der Meinungsfreiheit fallen.

Unter den genannten §130 fallen auch Aussagen, die den geradezu industriell durchgeführten Massenmord der Nazis an großen Teilen der Bevölkerung leugnen oder relativieren. Derartig dumme, wissenschaftlich unhaltbare und moralisch zutiefst verwerfliche Versuche, Geschichtsrevisonismus zu betreiben, finden sich auch in den Angriffen gegen den §86a wieder. Auch beim Verbot der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen geht es dem Gesetzgeber darum, derartige Verklärungen der Geschichte zu verhindern.

Beide Paragraphen sind Ausdruck eines Klassenkompromisses, der sich nach den schrecklichen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen vor allem im Grundgesetz niederschlug. Dahinter steckt also die auf Anerkennung von unveräußerlichen Menschenrechten beruhende Maxime: NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!

Mac

Kommentar

151.600 Unterschriften für mehr Personal

Gute Versorgung und Pflege von Kranken kann nur gelingen, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht. Diese alte Weisheit wird aber von der Politik hierzulande ignoriert. Deshalb hatte die Gewerkschaft ver.di eine Unterschriftenkampagne unter dem Motto »Der Druck muss raus - für mehr Pflegepersonal in Krankenhäusern« gestartet. Diese Petition wurde von 151.600 BürgerInnen unterzeichnet und an die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestags, Kersten Steinke (DIE LINKE) übergeben.

Somit wurde das Quorum, welches notwendig ist, damit sich der jeweilige Ausschuss des Bundestages mit der Gelegenheit beschäftigen muss, bei weitem überschritten. Jetzt ist der Bundestagsausschuss verpflichtet, sich öffentlich mit der dramatischen Personalsituation in Krankenhäusern, wo lt. ver.di 162.000 Beschäftigte fehlen, auseinander zu setzen.

Dass diese Forderungen berechtigt sind, konnte ich selbst (und viele andere) im Ruppiner Klinikum erleben. Z. B. Sonntag im Frühdienst auf einer Station: eine Vollschwester, 2 Schwesternschüler. Nicht umsonst verweist ver.di darauf, dass beispielsweise in der Schweiz rechnerisch eine Schwester 5,5 PatientInnen, in Polen 9,3 und in Deutschland als europäisches Schlusslicht eine Schwester 10,3 PatientInnen betreuen und versorgen muss. Einer internationalen Studie zufolge kann Personalmangel in Krankenhäusern das Risiko, in der Klinik zu sterben, um 26% erhöhen!

Diese Zustände in deutschen Krankenhäusern sind unhaltbar. Deshalb ist aber auch die lokale Politik gefordert. Wenn die Kommune oder der Kreis (wie bei uns) Eigentümer und Betreiber des Klinikums ist, darf man nicht auf das entsprechende Gesetz warten, sondern muss gleich handeln. Hierbei haben auch die Kreistagsabgeordneten eine Verantwortung, die ihnen keiner abnehmen kann.

Im ambulanten Bereich der Alten- und Krankenpflege ist die Situation nicht besser. Die Schwestern und Pfleger rennen unter enormem Zeitdruck von Patient zu Patient und gehen am Monatsende, in Vollzeit als examinierte Fachkraft, mit 1.400 € Netto nach Hause.

Da braucht sich niemand mehr zu wundern, warum kaum noch jemand den Pflegeberuf erlernen will.

Achim Müller

Europa am Scheideweg

Deutsche Panzer für Katar lösen keine Flüchtlingskrise!

Freundschaftsgesellschaft und Stadtverband der LINKEN hatten für den 21. Oktober zu einer äußerst interessanten und aufschlussreichen Diskussionsrunde eingeladen, die leider nur wenige Interessenten anzog.

Herr Dr. Crome von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-

Babelsberg) deckte anhand zahlreicher Fakten Hintergründe und Ursachen für die heutige instabile Lage in Europa und der Welt auf.

Vor 25 Jahren, nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des kalten Krieges, dachte und hoffte jeder, nun wird die Welt endlich friedlicher. Heute ziehen deutsche Soldaten wieder in den Krieg, das Verhältnis des Westens und der USA zu Russland ist gestört. Deutschland ist wieder hegemoniale (vorherrschende/überlegene) Macht in Europa, u.a. auch wegen seines riesigen Exportüberschusses von 285 Mrd. Dollar (2014). Dieser Überschuss resultiert auch aus Waffenlieferungen in eine der konfliktreichsten Regionen der Welt: Katar erhält die ersten »Leopard«-Kampfpanzer, 12 Spürpanzer gehen nach Kuwait, 3.000 Maschinenpistolen in die Emirate, das fünfte U-Boot nach Israel u.s.w. Saudi-Arabien und Katar führen Krieg in Jemen, wollen aber selbst keine Flüchtlinge aufnehmen. Die Monarchien waren auch nicht traurig darüber, dass mit Libyen und Irak zwei weltlich eingestellte Staaten zer-

stört und destabilisiert wurden und damit die Flüchtlingsströme riesige Dimensionen erreichten.

In Syrien soll Präsident Assad beseitigt werden - Hintergrund: Vor Jahren hatten Katar und Saudi-Arabien eine Erdgaspipeline durch Syrien und die Türkei nach Europa geplant. Nun hat aber Assad mit Iran und Irak einen Vertrag unterzeichnet, so dass diese von Schiiten bestimmten Länder Zugang zu Europa erhalten würden, die USA unterstützen deshalb die mit ihnen verbündeten Golfstaaten.

Der Redner riss noch viele Probleme an wie die Rolle Russlands, das Verhalten Ungarns, die liberale Wirtschaftspolitik in Deutschland, die Verschiebung des Zentrums der Weltwirtschaft nach Asien/China, fehlende Gesamtkonzepte zur Lösung der Krisen ... Seiner Meinung nach kann z. B. die Lage der Flüchtlinge in den Lagern im Nahen Osten sofort verbessert werden, wenn das Flüchtlingshilfswerk der UNO nicht weniger, sondern mehr Gelder von den reichen Ländern der Welt erhalten würde.

Die Welt ist in Bewegung, vieles ist nicht leicht zu durchschauen und sollte hinterfragt werden - benutzen wir einfach unseren gesunden Menschenverstand!

Jürgen Schubert

Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Strafe sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner soll müssen töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen 's erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht

(Quelle: Herausgeber Jan Knopf, Die Gedichte, Suhrkamp Verlag, 2007)

Fortsetzung von Seite 1

ähnlichen Beschluss wie der von OPR gefasst, die Entscheidung zum Kreissitz Neuruppin wurde allerdings mit Befremden zur Kenntnis genommen. Es wurde ein Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben und gebeten, die Prozesse zur Reform auszusetzen, da zur Zeit die Flüchtlingsproblematik an erster Stelle steht. Die Antwort von Herrn Woidke war, es sei beides möglich.

Nun hatte der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Stefan Ludwig, die Möglichkeit, Notwendigkeit und Verfahren der Strukturreform zu erläutern. Er beschreibt die zukünftige finanzielle Situation im Land ab 2020 (Fortfall von Förderungen/Soli-Zuschlag,) und die demographischen Veränderungen, die zu erwarten sind. Diese sollen sehr unterschiedlich verlaufen. Es gibt Gebiete mit starkem Bevölkerungsrückgang, aber auch Regionen mit starkem Zuwachs. Deswegen sei ein großes Ziel dieser Reformen, ein Nachlassen von Leistungen in bevölkerungsarmen Gebieten zu verhindern. Es sei nicht Ziel, mit diesen Reformen den Rotstift anzusetzen, man

Wie soll die Zukunft des Kreises aussehen?

wolle vielmehr die Kostenentwicklung rechtzeitig erkennen und gegensteuern. Er sagte, dass man nicht Gebiete fusionieren, sondern Verwaltungen zusammenführen wolle.

Danach sprach die Bundestagsabgeordnete Kerstin Kassner über ihre Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie machte deutlich, dass die positiven Erwartungen nicht eingetroffen sind, sondern dass, im Gegenteil, noch zusätzliche finanzielle Belastungen für die Kommunen entstanden. Die Altkreise Rügen und Nordvorpommern sind ohne Schulden in die Landkreisbildung gegangen, nach drei Jahren sind 16,5 Millionen Euro Schulden aufgelaufen. Kreisgebietsreformen sparen nur Geld, wenn man Stellen streicht - aber mit weniger Mitarbeitern sind die Aufgaben nicht zu erfüllen. Sinnvolle Änderungen durch eine Funktionalreform könnten auch in den momentanen Kreisen realisiert werden.

Auch ging sie darauf ein, dass große Kreise die Bedingungen für das kommunale Ehrenamt deutlich verschlechtern. Eine gerechte Vertretung jeder Region

im Kreis sei so sehr viel schwieriger zu realisieren.

In der Diskussion sagte Holger Kippenhahn, dass Reformbedarf vorhanden ist. Er sieht aber nur bei einer freiwilligen Fusion unserer beiden Landkreise eine Chance, den Prozess selbst zu gestalten. Freke Over gab zu bedenken, dass der demographische Wandel nicht mit Asylbewerbern aufzuhalten sei, denn die wenigsten werden im Kreis verbleiben. Man solle erst über eine Funktionalreform sprechen, danach über eine Gebietsreform. Kirsten Tackmann, MdB, kann keinen Vorteil in einer Vergrößerung der Kreise sehen, schon jetzt sind die Kreistagsmitglieder bei der Beurteilung von Entscheidungen zu sehr auf Verwaltungsbeamte angewiesen.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass Landtagsfraktion und Regierung die Bedenken der Diskussionsrunde wirklich ernst nehmen. Um dem Nachdruck zu verleihen, wurde vorstehender Beschluss verabschiedet.

Georg Albrecht, Holzhausen

Bundestagsreport

Menschlichkeit sieht anders aus



Startschuss für das Flüchtlings-Hilfe-Portal mit Ivo Haase, Kirsten Tackmann und Daniel Wetzel (siehe Meldung nächste Seite)

Foto: Jürgen Schubert

Geprägt war der parlamentarische Oktober vom Neubeginn in der Linksfraktion mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Fraktionsspitze. Der herzliche Dank galt Gregor Gysi für die vielen Jahre, in denen er die Geschicke der PDS und der LINKEN im Bundestag gelenkt hatte. Er hinterlässt große Schuhe. Gerade auch für den Zusammenhalt innerhalb der Bundestagsfraktion hat er immer wieder viel geleistet.

Vier wichtige Themen im Mittelpunkt

Am Vorabend des 3. Oktober hatte die Linksfraktion erneut die Angleichung der Ostrenten beantragt. Gerade 25 Jahre nach

der Herstellung der staatlichen Einheit wäre es dringender denn je gewesen, endlich auch auf diesem Gebiet Gerechtigkeit zu schaffen und eine der weiter bestehenden Benachteiligungen der Ostdeutschen zu beenden. Es war ja leider schon im Vorfeld zu erwarten, dass die schwarz-rote Koalition diesen Schritt wieder verschiebt. Aber überraschenderweise lag das dieses Mal nicht nur an der Union, die diesen überfälligen Schritt verhindert hat. Die SPD überraschte

in der abschließenden Bundestagsdebatte zum Antrag der LINKEN mit der Aussage, dass die Art und Weise des Übergangs des DDR-Rentenrechts in das bundesdeutsche Rentenversicherungssystem in den 1990er Jahren entschieden wurde und eine Korrektur jetzt neue Ungerechtigkeiten schaffen würde, weshalb das abgelehnt werden müsse. Eine sehr erstaunliche Interpretation der Entscheidung, denn die SPD war ja regelmäßig in die Bundestagswahlkämpfe gezogen mit dem Versprechen, dass die Angleichung so schnell wie möglich kommen und die SPD sich dafür einsetzen wird. Aber schon Franz Müntefering beschwerte sich ja darüber, dass es unfair wäre, wenn Wählerinnen

und Wähler die Parteien an den Wahlversprechen messen würden. Jedenfalls ist Rentengerechtigkeit damit weiter in die Ferne gerückt.

Das zweite große Thema war die Flüchtlingspolitik, oder besser gesagt: die politischen Auseinandersetzungen zum Asylverschärfungsgesetz der Koalition, das nur wenige Verbesserungen und gleichzeitig viele Verschlechterungen bringt. Ein menschlicher Umgang mit der Situation sieht anders aus. Deshalb hat es DIE LINKE abgelehnt.

Ebenso ist die Vorratsdatenspeicherung für uns LINKE inakzeptabel. Nicht nur, weil der Generalverdacht gegen alle eine völlig falsche Weichenstellung ist, sondern weil Tippgeber, sogenannte »Whistleblower« wie Edward Snowden und nichtprofessionelle Journalisten, zum Beispiel Internet-Kommentatoren (Blogger), mit diesem Gesetz kriminalisiert werden.

Außerdem hat DIE LINKE einen Antrag zum VW-Skandal gestellt. Aus unserer Sicht geht es hier um schweren Betrug und Gesundheitsgefährdung. Deshalb fordern wir eine lückenlose Aufarbeitung. Und wir wenden uns gegen alle Versuche, die Belegschaft die Zeche zahlen zu lassen.

Kirsten Tackmann, MdB

Diensttagsgespräche schaffen Transparenz

Im Potsdamer Landtag lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung regelmäßig zum Austausch zwischen Zivilgesellschaft und interessierten BürgerInnen mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung ein.

Das vierte sogenannte Diensttagsgespräch stand am 6. Oktober unter dem Titel: »Ankommen in Brandenburg - Was ist zu tun in der Asyl- und Flüchtlingspolitik?« statt. ReferentInnen, Betroffene und HelferInnen tauschten sich über aufschlussreiche Zahlen und Fakten, aber auch konkrete Fortschritte und Hindernisse vor Ort zum vielschichtigen Thema Flucht aus. So konnte man sich bspw. ein Bild machen von der Zumutung jahrelanger Duldung und dem damit einhergehend stark eingeschränkten Leben von AsylbewerberInnen in den Sammelunterkünften. Deren BewohnerInnen werden durch

mitunter völlig unqualifiziertes privates Sicherheitspersonal und die immer noch hohen bürokratischen Hürden am Aufbau einer neuen integrierten Existenz gehindert. Derartige leider oftmals gängige Praxis soll zu Beginn des kommenden Jahres mit einem entsprechenden Gesetzesentwurf auf Landesebene angegangen werden, auch wenn nach wie vor viele strukturell nötige Veränderungen in den Kompetenzbereich von Bund und EU fallen. So auch bei der Gesundheitsversorgung, deren Absicherung durch die gesetzlichen Krankenkassen am Bund scheiterte und nun von den Ländern getragen wird, wie Herr Lutz Amsel (Sozialdezernent im Kreis Märkisch-Oderland) zu berichten wusste. Ebenso gab es Konsens bei der abzulehnenden Trennung von Flüchtlingen nach Nützlichkeitskalkülen

und den medial verbreiteten Sprachduktus (»Flut/Schwemme« von Flüchtlingen u.ä.), die im Kern rassistisch sind.

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Andrea Johlige, berichtete von ihrer Delegationsreise an die EU-Außengrenzen in Tunesien und Italien. Dabei formulierte sie folgende Forderungen: legale Fluchtwege schaffen, die Dublin-Verordnung zu Gunsten einer »Neuen EU-Lastenverteilung« abschaffen und stärker Fluchtursachen zu bekämpfen sowie eine nachhaltige Integrations- und Entwicklungspolitik zu gestalten. Obwohl sie dringend benötigt wird, dürfe es nicht zum Normalzustand werden, dass die Zivilgesellschaft die Versäumnisse staatlicher Institutionen auf Dauer abfängt, so wie es zur Zeit an vielen Stellen der Fall ist. MaC

Haushalt beschlossen - Zahlen von Gestern

Der Kreishaushalt, wenn auch aus unserer Sicht als Fraktion DIE LINKE nur unzureichend beraten, stand auf der letzten Kreistagssitzung am 8. Oktober zur Abstimmung. Der Landrat hatte zwar auf die Schnelle noch Änderungen im Stellenplan eingebracht, die 17 neue Stellen für die Verwaltung und soziale Betreuung

von Flüchtlingen schaffen, aber die in den nächsten Monaten durch stark ansteigende Zahlen an Neubürgern notwendig werdenden Investitionen in Betreuung und Ausbildung enthält dieser Haushalt noch nicht. Trotz unseres Antrages, diese schon absehbaren Veränderungen erst

einzuarbeiten und dann im Dezember zu beschließen, wurde der Haushalt von der Mehrheit des Kreistages angenommen. Bleibt nur die Frage, wie viele Wochen es dauert, bis ein Nachtragshaushalt notwendig wird.

Zum weiteren stand die von uns beantragte Debatte zur Unterbringungsstrategie für Flüchtlinge

DIE LINKE.

im Parlament

auf der Tagesordnung. Nur leider wollte die Mehrheit der Kreistagsmitglieder nicht über die vielfältigen Probleme und Anforderungen diskutieren. Nicht über

die schleppende Akquise von Wohnraum, die uns direkt zur Belegung von Turnhallen führt, nicht über den Mangel an Fachkräften bei der Betreuung, nicht über die Notwendigkeiten einer Qualifizierung auf dem regionalen Arbeitsmarkt, nicht über die fehlenden Sprachkurse, nicht einmal über die schleppende Einschulung als wichtigsten Sprach- und Integrations-schritt für die Kinder, war mit dem Kreistag zu diskutieren.

Der Kreistag verweigert sich damit nicht nur den Problemen und verschwendet wertvolle Zeit, er zeigt auch mal wieder keinen politischen Gestaltungswillen.

Freke Over

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Spannende Debatten - klare Entscheidungen

In der letzten Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin warteten einige spannende Debatten.

Zunächst ging es um Veränderungen in den städtischen Satzungen, verbunden mit Gebührenerhöhungen. So wurde die Friedhofsgebührensatzung kräftig nach oben angepasst. Davon betroffen sind vor allem die kleinen Friedhöfe in den Neuruppiner Ortsteilen und der Friedhof in Alt Ruppín. Die Begräbnisstätte in Neuruppin fällt nicht darunter, wird sie doch von der evangelischen Kirche betrieben. Wie lange an dieser Preisspirale noch gedreht werden kann, fragen sich nicht nur die Mitglieder der Fraktion der LINKEN.

Ebenso verändert wurde die Hundesteuersatzung. Glücklicherweise fand der gemeinsame Antrag von Bündnis 90/GRÜNE und LINKE zur Ermäßigung für geprüfte Jagdgebrauchs- und Hütehunde eine deutliche Mehrheit.

Hoch her ging es auch bei einem Antrag der SPD. Diese wollte erreichen, dass

von einer Versendung der Gebührenbescheide für den Straßenausbau in Karwe zunächst Abstand genommen wird, bis ein Schlichtungsverfahren durchgeführt wurde. DIE LINKE unterstützte diesen Antrag. Leider lehnte dies eine Mehrheit im Stadtparlament klar ab. Die Bescheide werden verschickt. Damit ist zu erwarten, dass es eine Reihe von Widerspruchs- und Klageverfahren vor Gericht geben wird.

MittenDrin erhält Zuschuss

Um den Zuschuss für das Jugendwohnprojekt MittenDrin wurde heftig gerungen. In den vergangenen Jahren erhielt der Verein von der Stadt einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 17.500 EURO pro Jahr. Bekanntlich zieht der Verein zum Ende dieses Jahres in das durch die Mitglieder aufwendig sanierte neue Domizil im alten Hauptbahnhof in Neuruppin. Um Planungssicherheit zu haben, bat der Verein um eine klare Aussage seitens der Stadt, ob diese weiterhin bereit ist, diesen Zuschuss zu zahlen. Die Verwal-

tung legte daraufhin einen Beschluss vor, der dem MittenDrin 15.000 Euro für 2016 zusicherte. Im Sozialausschuss wurde dieser Betrag auf Antrag der LINKEN auf 17.000 Euro angehoben. Schon bei dieser Debatte wurde deutlich, dass die CDU strikt gegen den Zuschuss ist. Ihr Abgeordneter Böhm argumentierte mit angeblicher »Verfassungswidrigkeit«. Dies war unhaltbar. Für den Haupt- und Finanzausschuss und die Stadtverordnetenversammlung legte man sich deshalb eine andere Argumentation zurecht. Nun sprach man von Unwägbarkeiten des Haushalts in 2016, und dass man sich nicht so früh festlegen sollte, was die Mittelvergabe im sozialen Bereich betrifft. Ein durchsichtiges Manöver, welches scharf zurückgewiesen wurde. Nach umfänglicher Debatte stimmte eine große Mehrheit der Abgeordneten gegen die Stimmen von CDU und PRO Ruppín für den Zuschuss in Höhe von 17.000 Euro.

Ronny Kretschmer

Fraktionsvorsitzender

Hilfe-Portal in OPR gestartet

Am 23. Oktober 2015 stellten Ivo Haase von den Wirtschafts-junioren OPR und Daniel Wetzel vom Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt, Macher und Betreuer der Internetseite, das neue HelpTo-Portal vor.

Über <http://opr.help.to> können sich engagierte Bürgerinnen und Bürger, aber natürlich auch Organisationen, Initiativen, Unternehmen und Vereine schnell und unkompliziert auf lokaler Ebene über das austauschen, was für Betreuung und In-

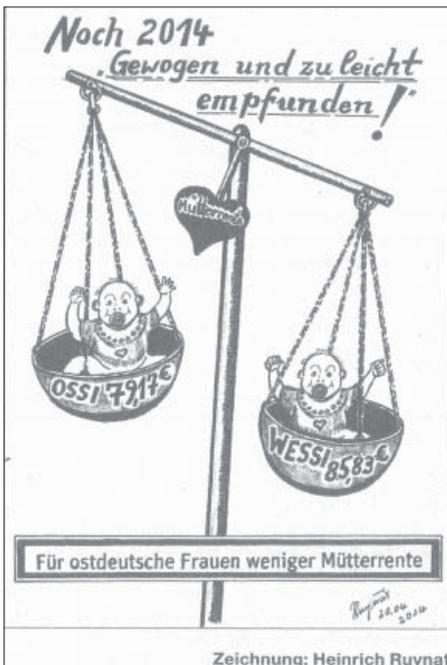
tegration von Flüchtlingen benötigt wird. Angebot und Nachfrage werden schnell und unkompliziert zusammengebracht, über ein internes Nachrichten-System wird eine geschützte Kommunikation zwischen Anbieter und Interessenten ermöglicht. Die Nutzung von HelpTo ist kostenfrei, erforderlich ist lediglich eine Online-Registrierung mit Benutzername und E-Mail-Adresse.

Jürgen Schubert

Noch bis zum 14. Januar 2016 besteht die Möglichkeit, mit Ihrer Unterschrift in den amtlichen Eintragungslisten das **Volksbegehren gegen Massentierhaltung** zu unterstützen. Neben der Unterschriftenleistung in den Wahlämtern vor Ort besteht auch die Möglichkeit der Briefwahl.

Nutzen Sie einfach die Möglichkeit der Briefeintragung und lassen Sie sich den Unterschriftsbogen bequem nach Hause schicken: <https://www.volksbegehren-massentierhaltung.de/> oder verwenden Sie den beiliegenden Antrag.

Der Osten bleibt abgehängt



Zeichnung: Heinrich Ruynat
(Quelle: Rotfuchs 10/2014, S. 13)

»Der Aufbau Ost ist gelungen«, jubelte die Bundesregierung zum 25. Jahrestag der Einheit. Somit hat sich Kohls Ankündigung von den »blühenden Landschaften« von 1990 erfüllt, das meinen zumindest führende Regierungspolitiker. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Wenn man von blühenden Landschaften spricht, dann darf man sich nicht nur auf die Äußerlichkeiten beschränken, da muss man das Gesamtbild betrachten, und das sieht ganz anders aus.

Kein Armenhaus

Ja, es stimmt, der Osten ist nicht zu einem Armenhaus Deutschlands geworden, aber nach wie vor liegt der Osten in fast allen Bereichen zurück.

Zunächst ging es in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung steil bergauf. Beispielsweise lag Thüringen in den Jahren 1991 bis 2000 mit einem Wirtschaftswachstum von 73,9 % lt. Statistik bundesweit an der Spitze. Brandenburg hatte in diesem Jahrzehnt ein Wirtschaftswachstum von 68,5%.

Aber bis zum Jahre 2013 nahm dieses Wachstum rapide ab, so dass jetzt Bayern, was damals »nur« ein Wachstum von 18,6 % hatte, wieder klar an der Spitze liegt. Aber auch bei der Lohnentwicklung gab es in den ersten Jahren in den neuen Bundesländern einen rasanten Anstieg, der bis 2008 anhielt, so dass 75% des

Westniveaus erreicht wurde. Aber seitdem stagniert das ostdeutsche Lohnniveau. Wenn heute von so genannten »Leuchttürmen« im Osten gesprochen wird, ist das Augenwischerei. Selbst in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands wie Duisburg liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit rund 76.000 Euro höher als im ostdeutschen »Leuchtturm« Dresden, wo das BIP bei knapp 50.000 Euro liegt.

Fehlende Konzernzentralen im Osten

Wenn man nach den Ursachen forscht, kommt man ganz schnell zum gravierendsten Problem. Kein deutsches Großunternehmen hat seinen Firmensitz und seine Forschungsabteilungen in den neuen Bundesländern. Die ostdeutsche Wirtschaft ist kleinteilig strukturiert, was sich als problematisch darstellt. Wenn das aber jetzt die ewigen DDR-Kritiker auf die DDR-Vergangenheit schieben, kann man mit der Ostbeauftragten der Bundesregierung antworten, die dazu sagte: Diese Ursachen müssen »auch in bestimmten Entwicklungen nach 1990 gesucht werden«.

Was sie damit meint, ist jedem politisch denkenden Menschen bewusst. Die Arbeit der Treuhandanstalt wirkt bis heute nach. Denn damals lag das Hauptaugenmerk auf Marktberäumung und Zerschlagung der ostdeutschen Unternehmen.

Abwanderung und Lebensverhältnisse

Was diese Politik bewirkte, kann heute jeder in seinem persönlichen Wohnumfeld beobachten. Auch wenn die Abwanderung junger Menschen in den Westen lt. Statistikern etwas zurück geht, ist das doch ein immenses Problem, wenn ganze Landstriche ausgedünnt werden. Aber können wir das unseren Kindern und Jugendlichen übel nehmen? Im Jahr 1990 skandierten die Menschen hier: »Kommt die D-Mark nicht zu uns - gehen wir zu ihr«, und viele Jugendliche sagen heute, »bekomme ich hier keinen gut bezahlten Arbeitsplatz - dann gehe ich dahin, wo es ihn gibt«.

Auch der Westen wächst stetig

Und dann gibt es noch die Logik, dass nicht nur im Osten, sondern auch im Westen die Wirtschaft stetig wächst. Das haben die Regierenden, wenn sie über die Angleichung der Verhältnisse sprachen und sprechen, bewusst ignoriert, weil das

Die Bundesregierung tut sich immer noch schwer mit der Korrektur von Missständen bei der Rentenüberleitung. Die Ostrenten waren wieder einmal Thema im Bundestag, und wieder einmal hatte die Fraktion der LINKEN die Anträge eingebracht.

Die Bundesregierung möge, so hieß es im ersten Antrag (Drucksache 18/1644), die »spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben«. Als man nach der Wende die Rentenansprüche der DDR-Bürger ins westdeutsche System übertrug, lief vieles schief. Zum einen war das gewollt (als Strafe für vermeintlich systemnahe Berufsgruppen), zum anderen lag es daran, dass DDR-Regelungen im Westen unbekannt waren oder einfach ignoriert wurden. Neben Angehörigen der Intelligenz betrifft das u. a. ehemalige Ballettmitglieder, Beschäftigte des Gesundheitswesens und Bergleute in der Braunkohleveredelung.

Während einige Ungerechtigkeiten durch die beharrliche Arbeit der Linksfraktion beseitigt werden konnten (so für Angestellte von Post und Reichsbahn), tun sich neue auf, z. B. bei der Mütterrente. Diese sollten mit dem Antrag (Drucksache 18/4972: »Ungerechtigkeiten bei Mütterrente in Ostdeutschland und beim Übergangszuschlag beheben«) beseitigt werden.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen von Union und SPD abgelehnt, die Grünen enthielten sich.

nicht ins politische Konzept passte.

Führende Ökonomen schätzen ein, dass die Produktivität in den neuen Ländern noch Jahrzehnte dem westdeutschen Niveau hinterherhinken wird, auch, da im Osten der industrielle Sektor wesentlich kleiner als im Westen ist.

Fehlende Rechtsgleichheit

Und dann gibt es noch ein Gebiet, wo keine Rechtsgleichheit herrscht, wo also auch der Osten abgehängt ist. Noch immer hinkt das Rentenniveau im Osten dem Westniveau hinterher. Trotz vieler Versprechungen vergangener Bundesregierungen auch auf diesem Gebiet, Deutschland zu vereinigen, ist immer noch nichts passiert. Ob und wann die gegenwärtige CDU/CSU/SPD-Regierung ihre diesbezügliche Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag einlöst, das bleibt abzuwarten.

Achim Müller

Zwei »70jährige« aktiv für die Bürger

Volkssolidarität und Kulturbund - zwei hoch geachtete Organisationen

In diesem zweiten Halbjahr 2015 gibt es etliche interessante Jahrestage - wurden doch vor 70 Jahren, also 1945, zahlreiche Organisationen und Verbände für einen Neuanfang im befreiten Deutschland gegründet.

Auch die Volkssolidarität wurde - genau am 17. Oktober - nun schon 70 Jahre. Die erste Aktion war 1945 »Volkssolidarität gegen Wintersnot«. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war damals die Hilfe für die Tausende von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten, die hier eine neue Heimat finden sollten.

Heute ist die Volkssolidarität im Osten Deutschlands ein Verband mit rund 17.500 hauptamtlich im Sozialbereich, in Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und Begegnungsstätten tätigen und rund 29.000 ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern. 4.300 Ortsgruppen bestehen, und insgesamt zählt die Volkssolidarität hier 244.000 Mitglieder. Es arbeiten 6 Landesverbände und 15 Kreisverbände.

600 immer unterwegs

Unser Regionalverband - dazu gehören die Kreisverbände Prignitz, Neuruppin, Wittstock und Kyritz - zählt rund 3.000 Mitglieder, 80 Ortsgruppen, 6 Sozialstationen, 3 Begegnungsstätten. Zu nennen sind vor allem die rund 200 hauptamtlich und die 400 ehrenamtlich tätigen Mitglieder, Frauen und Männer, die - viele schon seit Jahren - Tag für Tag, von früh bis spät, in Schichtarbeit und bei Wind und Wetter viele ältere und behinderte Bürgerinnen und Bürger betreuen, versorgen, ihnen in den Einrichtungen und zu Hause helfen, damit sie in Ruhe ihren Lebensabend verbringen können.

Die Volkssolidarität ist ihrem Gründungsauftrag vor 70 Jahren treu geblieben. Kurz nach der »Wende« zuerst von manchen »verpönt« und auch von einigen etwas geringschätzig belächelt, hat sie

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	2.12.	Günter Behrendt	Heiligengrabe	zum	86.
Am	3.12.	Hannelore Fiedler	Fehrbellin	zum	69.
Am	5.12.	Ehrentraud Prenzler	Neuruppin	zum	82.
Am	8.12.	Hans-Joachim Seel	Schönberg	zum	65.
Am	10.12.	Hans Kracik	Neuruppin	zum	84.
Am	13.12.	Walter Taschenberger	Dreetz	zum	82.
Am	14.12.	Franz Hilbert	Rheinsberg	zum	84.
Am	15.12.	Heinz Karwath	Zechlinerhütte	zum	69.
Am	17.12.	Ottmar Breyvogel	Neuruppin	zum	81.
Am	25.12.	Bernd Kummer	Neustadt	zum	62.
Am	29.12.	Werner Herzlieb	Neuruppin	zum	85.
Am	29.12.	Christiane Schwarz	Braunsberg	zum	72.
Am	31.12.	Horst Däbel	Wittstock	zum	81.
Am	31.12.	Werner Stolz	Wall	zum	68.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Wir gratulieren nachträglich sehr herzlich Ilse und Arno Lisch in Neuruppin, die am 23.09.2015, sowie Helga und Fritz Klame in Kränzlin, die am 01.10.2015 das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feiern konnten.

Wir wünschen ihnen noch viele schöne und gemeinsame Jahre!

nie aufgegeben, hat ohne großes Aufheben weiter gearbeitet und wurde schnell wieder (und das bis heute) hoch geachtet und anerkannt - dank ihrer unermüdlichen fleißigen Arbeit.

Kunst und Kultur für alle

1945 im Oktober entstand auch der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, später Kulturbund der DDR, seit 1990 als Kulturbund e. V. auf Länderebene.

Nach dem Beitritt der DDR 1990 lösten sich auch manche Organisationsformen des Kulturbundes auf. Die Kulturbundgruppe in Neuruppin, die seit ihrer Gründung mit ihren damals 85 Mitgliedern eine vielseitige und umfangreiche Arbeit geleistet hatte, sah dafür keinen Grund. 1981 hatte sich die Gruppe dank Initiative von Lisa Riedel, damals Museumsdirektorin, zusammengefunden, 1985 übernahm Lehrerin Erika Herms die Leitung und hat sie noch heute.

Als Kulturbundgruppe RUPPNER GESCHICHTE pflegen die jetzt leider nur noch 30 Mitglieder seitdem ein regelmäßiges Verbandsleben mit ansprechenden Vorträgen und Exkursionen - jeden letzten Donnerstag im Monat, 16 Uhr meistens im Restaurant Tempelgarten Neuruppin.

Im Oktober war z.B. Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE) eingeladen, im November spricht Jörn Lehmann aus Liebenberg über den Finowkanal, und selbstverständlich gehören auch immer Museums- und Ausstellungsbesuche zum Programm, ebenso wie neue Forschungen und Erkenntnisse von Mitgliedern und Wissenschaftlern eben über die Ruppiner Geschichte.

Gäste sind zu den Veranstaltungen übrigens immer gern gesehen und auch vielfach vertreten.

Man darf schon etwas stolz darauf sein, auf 70 erfolg- und inhaltsreiche Jahre zurückblicken zu können!

Christa Horstmann

Ohne Wohnung

Um 18% ist die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland gestiegen, sodass es aktuell 335.000 Menschen ohne ein eigenes Dach über dem Kopf gibt (Stand 2014). Die »Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W)« betont, dass die Ursachen dafür keineswegs die Zuwanderung, sondern eine verfehlte Wohnungsbaupolitik und unzureichende Armutsbekämpfung durch die jetzige und die vorherige Bundesregierung sind.

Die BAG schätzt, dass etwa 40.000 Obdachlose im vorigen Jahr auf der Straße schlafen mussten, weil die Obdachlosenunterkünfte nicht ausreichen. Weiterhin kritisiert die Bundesarbeitsgemeinschaft, dass mindestens 2,7 Millionen Kleinstwohnungen in Deutschland fehlen, und dass die Politik das Problem ignoriert.

Achim Müller

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Unspektakuläre Wahrheiten



Winterferienlager in Klausheide

Foto: Privat

Die Erwartungshaltung, und teilweise auch Sensationslust, war bei einigen der vielen Besucher am 4. Oktober 2015 sehr groß, als im Neuruppiner Museum die Ausstellung »Ferien mit Feliks« mit einer Vernissage eröffnet wurde. Schließlich geht es hierbei um das ehemalige zentrale Kinderferienlager des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Klausheide.

In ihrer Einführungsrede dämpfte die Historikerin Frau Dr. Kimmel als »Ausstellungsmacherin« schon mal die Sensationslust. Sie schilderte sehr sachlich

und objektiv, wie sie und ihr Team beim BStU (Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) und in anderen Quellen recherchiert haben. Ihr Fazit: Klausheide war nichts besonderes, nur eben ein Ferienlager des MfS, wo die politisch-ideologische Einflussnahme auf die Kinder wahrscheinlich etwas mehr als in anderen Ferienlagern ausgeprägt war. Die

Gerüchte, was alles in Klausheide passiert sei, haben sich trotz intensivster Recherchen nicht bewahrheitet.

Trotz einiger Kleinigkeiten, zu denen ich andere Auffassungen habe, kann man Frau Dr. Kimmel und ihr Team nur für die ausgezeichnete Arbeit loben. Wer sich wirklich für Klausheide interessiert, der erfährt einiges über die Feriengestaltung und die Mehrzwecknutzung, aber auch darüber, was in der Wendezeit und danach mit diesem Objekt geschah.

Achim Müller

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Donnerstag, 12.11./26.11.	Marxistischer Lesekreis 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppiner, Schinkelstr. 13	(alle 14 Tage)
Sonntag, 14.11.15	Kreisparteitag DIE LINKE. OPR 10-15.00 Uhr, Autohof Herzprung, 16909 Fretzdorf	
Mittwoch, 18.11.15	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppiner, Schinkelstr. 13	
Donnerstag, 19.11.15	Diskussionsveranstaltung: Kommunale Energieversorgung 17-19.00 Uhr, Wittstock - Rathaus-großer Sitzungssaal	
Mittwoch, 25.11./16.12.	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppiner 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppiner, Schinkelstr. 13	
Montag, 30.11.15	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppiner, Schinkelstr. 13	
Donnerstag, 03.12./07.01.	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1	
Donnerstag, 03.12./07.01.	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2	
Montag, 07.12.15	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek	
Dienstag, 08.12.15	Weihnachtsfeier RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen Ab 18.00 Uhr, Wusterhausen - Bootshaus	
Mittwoch, 09.12.15	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1	
Dienstag, 15.12.15	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Wittstock 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2	

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppiner

V.i.S.d.P. : Paul Schudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309
Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**

Tel.: 033971/32857
Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppiner;
Tel.: 03391/2383

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE

Tel.: 0331/966-1500
www.margitta-maechtig.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**

Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppiner Kreisgeschäftsstelle Neuruppiner

Schinkelstr. 13, Neuruppiner;
Tel.: 03391/655420
Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**

Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Kreischatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086
Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 27.11.2015
Mi., 09.12.2015